

Rechenschaftsbericht der BmU 2020/2021

Angesichts der Corona-Pandemie hat die BmU – Bürger mit Umweltverantwortung – unabhängige Wählergemeinschaft Erkrath e.V. ihre Jahreshauptversammlung mit den Wahlen zum Vorstand nicht wie geplant im Mai 2021 abhalten können.

Zu der entsprechend verschobenen JHV geben wir den folgenden Rechenschaftsbericht ab.



- Die Kommunalwahl 2020
- Im neuen Rat 2020/2021
- Aktion für Gerechte Fernwärmepreise
- Aus dem Verein

Die Kommunalwahl 2020

Das Jahr 2020 stand ganz im Fokus der Kommunalwahl. Die BmU hat einen engagierten und professionell begleiteten Wahlkampf geführt. Es wurden verschiedene Anzeigen in der Presse geschaltet, Flyer verteilt, Plakate gehängt und Informationsstände durchgeführt. Dazu wurde auch der Anhänger modernisiert.

Wie zu erwarten war, konnten wir mit 11,93% und 6 Ratsmandaten die äußerst guten Ergebnisse aus 2009 und 2014 zwar nicht halten, aber gerade im Vergleich mit anderen unabhängigen Wählergemeinschaften dennoch immer noch zufrieden sein. Insbesondere nachdem teilweise regelrecht ein Wahlkampf gegen uns betrieben worden war. Es schmerzt, über 5% verloren zu haben. Gründe dafür waren u.a. auch, dass die BmU im Gegensatz zu CDU und Grünen den in der Vergangenheit sehr wirkungsvollen Haustürwahlkampf während der Corona-Pandemie als unverantwortlich eingestuft und keinen eigenen rein strategischen Bürgermeisterkandidaten aufgestellt hatte.

An dieser Stelle gilt aber auch nochmals der Dank allen Mitgliedern und Freunden der BmU, die uns aktiv und passiv unterstützt haben.

Auch in Ihrem Interesse wird die BmU mit aller Kraft weiterhin aus der Mitte heraus daran

arbeiten, Bürgerbeteiligung einzufordern und weiterhin Bürgeranregungen ins Rathaus zu tragen.

Das Ergebnis der Kommunalwahl zeigt eine Polarisierung des politischen Spektrums und schafft noch mehr Fragen statt sie zu lösen.

Die Fähigkeit der BmU, Kompromisse einzuleiten, wird besonders gefordert sein.

Im neuen Rat 2020/2021

Und gerade durch die Corona-Krise und die massiven Hochwasserschäden ist die Situation in Erkrath äußerst angespannt, die eine sachorientierte Politik verlangt, wie sie die BmU im Blick hat.

Entschieden wehrt sich die BmU gegen die Versuche der Stadtspitze, Beratungen und Entscheidungen immer häufiger in eine Fraktionsvorsitzendenrunde zu verlegen. Dies entspricht nicht unserem Selbstverständnis, dass die kommunalpolitischen Themen auch in den in der Gemeindeordnung vorgesehenen Ausschuss-Gremien beraten und entschieden werden müssen.

Einen Einblick in unsere Arbeit und Positionen im neuen Rat soll ein Auszug aus unseren Ratsberichten geben:

Rat am 03.11.2020

Nach der Einführung und Verpflichtung von Bürgermeister und Stadtrat, der einstimmigen Wahl von Regina Wedding (CDU) und Marc Göckeritz (Grüne) zu stellvertretender Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister wurden die Ausschüsse beschlossen und besetzt. Gegen die Stimmen von CDU und AfD wurde auch „Fridays for future“ ein (rein) beratender Sitz im Umwelt- und Planungsausschuss gegeben. Aus Sicht der BmU nur folgerichtig, auch der jungen Generation zu ermöglichen, sich über den Jugendrat hinaus beratend einzubringen.

Grundsätzlich hatte sich die BmU im Vorfeld aus Kostengründen für kleine Ausschussgrößen und keine Steigerung der Ausschussanzahl ausgesprochen, allerdings hat sie den ausgehandelten Kompromiss mitgetragen, da nun auch der von der BmU seit langem geforderte Bauausschuss eingerichtet wurde und auch die kleinen Fraktionen fairer Weise in den Ausschüssen vertreten sein können. Diskutiert wurde über den Antrag der FDP, einen Ausschuss für Digitalisierung an den Ausschuss für Stadtentwicklung anzugliedern, und schließlich vertagt. Zunächst soll in den nächsten Sitzungen betrachtet werden, wie das Thema in den Fachausschüssen thematisiert wird. Für die BmU hat das Thema Digitalisierung (Smart City, Schulen, Breitbandausbau u.a., vgl. unser Programm)

hohe Bedeutung, eine Doppelbehandlung in mehreren Ausschüssen wollen wir verhindern, um unnötige Verzögerungen zu vermeiden.

So hatte die BmU auch vor der Ratssitzung zum Sachstand der **Digitalisierung in den Schulen** nachgefragt. Laut Verwaltung sind 650 Tablets für bedürftige Schülerinnen und Schüler bestellt, sowie 154 ipads und 238 Laptops für Lehrkräfte. Für Lernplattformen und Software werden 178.000€ zur Verfügung gestellt. WLAN soll bis Jahresende in allen Schulen Erkraths umgesetzt sein. Bei 571.000€ Fördergelder muss die Stadt hier insgesamt 700.000€ aufwenden.

Der Antrag der Grünen, für alle Klassenräume angesichts der Pandemie **Lüftungsgeräte** anzuschaffen, wurde auf den Schulausschuss vertagt.

Pauschal konnte sich die BmU diesem Antrag auf „geeignete Geräte“ noch nicht anschließen. Solche Entscheidungen können u.E. nach nicht „aus der Hüfte“ kommen. Um dies sachlich und konstruktiv entscheiden zu können, müssen unserer Einschätzung nach noch mehr Informationen eingeholt, insbesondere die Schulen befragt und die erforderlichen Ausschreibungen und Anträge vorbereitet werden.

Wir sind aber im Gegensatz zur Vorlage der Stadtverwaltung der Ansicht, dass Lüfter durchaus eine sinnvolle Ergänzung des regelmäßigen Lüftens sein können, wie Studien (u.a. der Hochschule der Bundeswehr) zeigen. Über Technik (Filterart Hepa mindestens 13/14, UV-C, aber ohne Ozon), Lieferbarkeit und Lautstärke muss genauer nachgedacht werden, dass am Ende auch die richtigen Geräte gekauft werden.

Eine von Grünen und uns aus Gründen der Dringlichkeit beantragte Vorverlegung des Schulausschusses wurde allerdings abgelehnt.

Rat am 15.12.2020

Einbringung des Haushaltes:

Ein Minus von über 20 Millionen Euro

Die Einführung und Präsentation der Grunddaten zum Haushalt durch den Beigeordneten und Kämmerer Schmidt zeigte deutlich auf, dass die finanzielle Situation der Stadt – massiv verstärkt durch die Corona-Krise – heute und zukünftig als verheerend zu betrachten ist. Bei der Gewerbesteuer ist es 2020 zu einem Einbruch von 35 auf 22 Millionen Euro gekommen, für 2021 voraussichtlich auf 25. Und auch der Einkommensteueranteil sinkt um 2,5 Millionen.

Zwar beläuft sich das geplante Defizit für 2021 auf „nur“ 3,64 Millionen Euro, dies aber nur, weil die o.g. Corona-Schäden von 16,6 Millionen Euro aufgrund der Gesetzgebung zunächst isoliert/herausgerechnet werden können und ab 2025 für 50 Jahre abgeschrieben werden müssen.

Das große Problem wird also mit einem Bilanztrick nur verschoben. Ab 2025 wird der Haushalt demnach allein dadurch etwa mit 2 Millionen Euro belastet. Das ist nicht

finanzierbar und absolut nicht nachhaltig bzw. generationengerecht.

Wollte man nur diese Summe mit einer Grundsteuererhöhung ausgleichen, so müsste man diese um 65 Punkte erhöhen.

Die Städte können dieses Finanzproblem nicht mehr alleine lösen, die strukturelle Unterfinanzierung muss endlich durch Bund und Land angegangen werden.

Aber die gesamte Politik und Bürgerschaft in Erkrath muss auch einsehen, dass wir nur das ausgeben können, was wir auch einnehmen. Hier wären wir schon etwas weiter, wenn man dem von der BmU seit Jahren vorgetragenen Vorschlag gefolgt wäre, ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen. (Dazu mehr in unserem Programm 2020 und unseren vergangenen Haushaltsreden.)

Nachhaltigkeit darf sich nicht nur auf Ökologie beziehen, sondern muss ebenso Soziales und die Finanzen im Blick haben.

Dazu gehört dann auch, dass Gebühren z.B. für die Nutzung von Stadthalle und Bürgerhaus (bei aktuell 8% Kostendeckung) sowie für die Kita einkommensabhängig leicht erhöht werden oder die Hundesteuer für den 1. Hund um 10€ pro Jahr angehoben wird. Dass Grüne und Linke dies in den Ausschüssen und im Rat anders gesehen haben, mag zwar links- und facebook-populär sein, ist aber insgesamt nicht nachhaltig.

(Mehr dazu auch in [erkrath.jetzt](https://www.erkrath.jetzt):

<https://www.erkrath.jetzt/gebuehren-und-beitragserhoehungen/>)

BmU gegen die Wahl eines neuen dritten Beigeordneten

Die BmU war dafür, dass die Stelle eines 3. Beigeordneten in Erkrath aus Kostengründen nicht wieder neu besetzt wird. Zu Anfang der Haushalts- und Stellenplanberatungen 2021 sah das die Verwaltung auch noch so. In den Verhandlungen zum Haushalt müssen dann CDU und Verwaltung den Forderungen der SPD gefolgt sein.

Gemeinden von der Größe Erkraths kommen i.d.R. mit zwei Beigeordneten aus. Bei der Wahl des neuen Beigeordneten hat sich die BmU daher für keinen der Kandidaten ausgesprochen. Insgesamt gaben 19 Ratsmitglieder für keinen Kandidaten ihre Stimme ab.

Die Haushaltsposition der BmU wird im Übrigen auch durch den aktuellen gpa-Bericht (Gemeindeprüfungsanstalt) gestützt.

https://erkrath.ratsinfomanagement.net/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZVXWIWe2Hk6bMpkg8cjOvba4IJ-wkpC5NnwmD8YPkS9/Pruefbericht_GPA.pdf

Er spart auch nicht mit Kritik an fehlender bzw. mangelnder Unterstützung des Rates durch die Verwaltung.

Kritisiert wird die mangelnde Einwerbung von Fördermitteln. Man erinnere den vergeblichen

Versuch der BmU, dass Stadt bzw. Stadtwerke Anträge auf Fördermittel für den Glasfaserausbau stellen.

Einige Zitate:

S. 5f

„Der Handlungsbedarf der Stadt Erkrath, ihre Haushaltssituation zu verbessern, ist nach wie vor hoch. Jährliche Fehlbeträge verringern seit Jahren das Eigenkapital und die Stadt lebt von ihrer Substanz. Lediglich im Jahr 2017 konnte sie ein positives Jahresergebnis ausweisen und damit die Ausgleichsrücklage für ein Jahr füllen. Ab 2018 muss sie die Fehlbeträge jedoch wieder über die Verringerung der allgemeinen Rücklage ausgleichen, wie schon in den Jahren vor 2017. Erkrath war bisher nicht verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, muss sich aber die Verringerung der allgemeinen Rücklage von der Aufsichtsbehörde genehmigen lassen.“

„Im Vergleichsjahr 2019 gehört die Stadt Erkrath zu dem Viertel der geprüften mittleren kreisangehörigen Kommunen, die einwohnerbezogen die höchsten Jahresfehlbeträge ausweisen.“

Ob die Stadt Erkrath den Haushaltsausgleich erreichen kann, bleibt aufgrund der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie abzuwarten, zumal die gpaNRW im Jahr 2019 in einer Modellrechnung ein strukturelles Ergebnis von minus 9,5 Mio. Euro ermittelt hat. Im Vergleich zum Jahresergebnis 2019, welches durch hohe Gewerbesteuererträge und einem hohen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer geprägt ist, ergibt sich eine Differenz von rund 7,6 Mio. Euro. Hier zeigt sich die Notwendigkeit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung. In den vergangenen Jahren hat die Stadt Erkrath durch eigene Steuerungsmaßnahmen keine Konsolidierungserfolge erzielt. Zukünftig sollte sie Leistungsstandards und freiwillige Aufgaben auf den Prüfstand stellen, um die Jahresergebnisse zu verbessern.

Erkraths Schulden sind derzeit noch vergleichsweise niedrig. Gleiches gilt für die Gesamtverbindlichkeiten. Diese sind je Einwohner im Jahr 2018 geringer als in Dreiviertel der Vergleichskommunen. Sie werden jedoch in den nächsten Jahren deutlich ansteigen. Die Stadt plant in ihrem Haushalt 2020, der noch nicht die Auswirkungen der Corona-Pandemie berücksichtigt, in den kommenden Jahren einen Anstieg der Verbindlichkeiten um mehr als 80 Mio. Euro. Damit würden sich die Gesamtverbindlichkeiten innerhalb von vier Jahren mehr als verdoppeln.“

Die Kommunalaufsicht des Kreises Mettmann hat der Stadt Erkrath mit der Genehmigungsverfügung zum Haushalt 2020 nahegelegt, freiwillig ein örtliches Konsolidierungskonzept aufzustellen. Die gpaNRW schließt sich dieser Empfehlung an: „Die Stadt Erkrath sollte Leistungsstandards und den Umfang freiwilliger Aufgaben auf den Prüfstand stellen. Über eine konsequente Haushaltskonsolidierung, insbesondere in den von ihr beeinflussbaren Bereichen, sollte sie eine Verbesserung der Jahresergebnisse bewirken.“

Die einzigen (!), die das bislang versucht haben, ist die BmU!!!

Rat am 29.04.2021

BmU initiiert einen Grundsatzbeschluss, um eine Nachhaltigkeitsatzung in den Fachausschüssen zu erarbeiten

Wie schon in der Haushaltssitzung des Rates von der BmU angekündigt, hat sie die Erarbeitung und den Erlass einer Nachhaltigkeitsatzung beantragt, in der neben Umwelt-, Klima-, Flächen-, Artenschutz eben auch die Finanzen zum Thema Nachhaltigkeit gehören.

Aktuell wirtschaften und handeln wir nicht generationengerecht und klimagerecht. Auch Schulden sind klimaschädlich, denn diese müssen langfristig wirtschaftlich auch erarbeitet werden.

Nachdem wir in den vergangenen Jahren keine Mehrheit für ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept erzielen konnten, ist dies jetzt wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung.

Die CDU sprach sich höchstens für einen Arbeitskreis Haushaltssicherung aus, obwohl dieser nichtöffentlich tagende Arbeitskreis bereits in der Vergangenheit ohne Ergebnis blieb und selbst von der CDU kritisiert wurde.

Gegen die Stimmen der CDU und einem RM der FDP wurde diese **Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsatzung beschlossen** und in die Fachausschüsse verwiesen. Bleibt zu hoffen, dass im Sinne einer allumfassenden Nachhaltigkeit die Erarbeitung der Satzung erfolgreich sein wird.

Kostendeckelung bei der Realisierung von Großprojekten von CDU und SPD abgelehnt/ Deckelung der Kosten für den Neubau der Feuer- und Rettungswache

Klar ist, dass eine neue Feuer- und Rettungswache überfällig ist. Standortwahl und Kostensteigerung bei der Planung der neuen Wache (2013: 12,6 Mio., 2015: 16,3 Mio., 2018: 27,9 Mio., aktuell ca. 34,6 Mio.) ist von der BmU immer wieder kritisiert worden.

Die Forderungen der FDP zum jetzigen Zeitpunkt ist aber nicht zielführend, zumal die Deckelung auf 38 Mio. „aus der Luft gegriffen ist“, wie Bernhard Osterwind ausführte. Die Zielrichtung der FDP sei aber „richtig“.

Grundsätzlich fordert die BmU eine Kostendeckelung als weiteres Steuerungsinstrument und hat daher mit ihrem Antrag (unter TOP 16.3 dem Ratsinformationssystem zu entnehmen) den Erlass von Aufwandsgrenzen bei der Realisierung von Großprojekten beantragt, welche über die Fachausschüsse erarbeitet werden sollen.

Ergebnis der Ratssitzung: Einer Festlegung von **Kostendeckelungen bei Großprojekten** wurde **von CDU und fast der ganzen SPD-Fraktion** (bei Enthaltung der Linken) **abgelehnt**.

Archäologische Untersuchung im Bereich Neanderhöhe stark eingeschränkt

Der politische Einsatz der BmU hat dazu geführt, dass auf der Neanderhöhe eine Siedlung aus der Eisenzeit gefunden wurde.

Durch CDU und die Unterstützung der SPD werden jetzt archäologische Maßnahmen auf der Neanderhöhe, die durch die Anträge der BmU in den B-Plan aufgenommen worden waren, für die Grundstückseigentümer wieder zurückgenommen. Die städtischen Untersuchungen begrenzen sich auch nur auf ein Teilstück der zur Bebauung anstehenden Fläche und dort auch nur bis ca. 1,5 Meter. Funde aus der Zeit der Neanderthaler lägen tiefer. Damit wird nur das getan, was der LVR sowieso erzwingt.

Erstaunlich, dass sich die SPD vor einem Jahr im Wahlkampf noch für Rücknahme des B-Planes Neanderhöhe ausgesprochen hatte und heute der CDU die Mehrheit u.a. für diese „kleine Lösung“ besorgt.

Im Ausschuss hatte die BmU Anträge eingebracht, welche abgelehnt worden waren. (Die Presse berichtete ausführlich.)

Im Rat stellte die BmU nochmals den Bürgerantrag erfolglos zur Abstimmung, archäologische Untersuchungen mindestens bis zur maximalen Eingriffstiefe auf altsteinzeitliche Fundstellen durchzuführen. Und auch der sich anschließende Kompromissvorschlag der BmU, wenigstens im Bereich der Erschließungsstraße eine tiefe Untersuchung umzusetzen, scheiterte an CDU und etwa der Hälfte der SPD-Fraktion.

Ziel der BmU, als Befürworter eines Premium-Gewerbegebietes auf einem Teil der Neanderhöhe, war, offen für weitere Erkenntnisse der Archäologie zu sein, nachdem eisenzeitliche Funde bei den bisherigen Untersuchungen ermittelt worden waren. Wissenschaftlich ist diese Entscheidung von CDU und SPD nicht nachzuvollziehen.

Die Vorstellung der Linken eines musealen Parks ist aus unserer Sicht allerdings als unrealistisch einzuschätzen. Die derzeitige Befundlage gibt das nicht her.

Tennisanlage Freiheitsstraße

Auch die BmU hat dem Aufstellungsbeschluss zur Änderung des entsprechenden Bebauungsplanes zugestimmt, damit die Anlage auch weiterhin dem Sport und der Naherholung dienen kann. Der BmU-Fraktionsvorsitzende Bernhard Osterwind betont, dass jetzt der Prozess des B-Planverfahrens zunächst beginnt.

Unverständlich, dass die FDP im Ausschuss noch zugestimmt hat, „in Unkenntnis der Sachlage“ wie FDP-RM Lenger meinte, jetzt aber dagegen stimmt. Eine Umwandlung in Bauland, wie von der FDP gefordert, unterstützen wir nicht.

Und die Forderung der Grünen, dass die Stadt in der Pflicht sei, dem Tennisverein andere Flächen zur Verfügung zu stellen, irritiert auch, da dies von vorneherein bereits die

Aufgabe der alten Fläche ins Kalkül zieht und die Grünen ansonsten in Flächenfragen doch eher kritisch agieren.

Hier zeigt sich auch wieder, dass die BmU-Forderung der Evaluation des Stadtentwicklungskonzeptes schleunigst umgesetzt werden muss.

Erhöhung der Friedhofsgebühren

Die Stadt ist verpflichtet, Gebühren immer kostendeckend zu erheben. Die BmU kritisiert aber die Höhe der Kostensteigerung. Gerade im Vergleich mit den kirchlichen Friedhöfen sind die Gebühren auf den städtischen Friedhöfen deutlich höher. Hier rächen sich Planungsfehler, z.B. wurde der Parkfriedhof viel zu groß geplant.

Aus diesem Grund hat sich die BmU hinsichtlich dieser Erhöhung enthalten.

Das **Förderprogramm Dach- und Fassadenbegrünung** wurde einstimmig angenommen. Mehr dazu: www.erkrath.de/dachbegruenung

Thema Digitalisierung

Die BmU hat zusammen mit der FDP die Änderung der Zuständigkeitsordnung eingebracht, den Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung um das Thema Digitalisierung als wesentlichen Teil der Stadtentwicklung zu erweitern. Im Haupt- und Finanzausschuss kommt dies auch aus unserer Sicht zu kurz. Bei keiner anderen Fraktion konnten wir allerdings eine Zustimmung erreichen.

Gebühren für die Kinderbetreuung werden für den Mai je nach Inanspruchnahme erhoben

Nachdem die Stadt einige Monate auf die Zahlung der Entgelte für die Kinderbetreuung in Kita, Tagespflege und OGS verzichtet hatte, wird nun je nach Nutzung abgerechnet. So hatte es die BmU schon im März gefordert. Der jetzige Vorschlag der Verwaltung ist gerechter und für die Abrechnung überschaubar. Bei Kita und TP wird bei Inanspruchnahme von 1 bis zu 10 Tagen der halbe Satz erhoben, darüber der volle. Bei der Betreuung in der Grundschule wird dieser nur für die Kinder erhoben, die diese nutzen.

Sollte das Land Entgeltausfälle doch (teilweise) ausgleichen, kann dies noch Berücksichtigung finden.

Gießwasserzähler

Wer im Sommer das Leitungswasser zur Gartenbewässerung oder zur Bewässerung von

Straßenbäumen verwendet, der muss dafür auch Abwassergebühren bezahlen, obwohl dieses Wasser der Natur zur Verfügung gestellt wird und nicht als Abwasser behandelt wird.

Gerecht ist das nicht. Wie es bürgerfreundlich geht, zeigen z.B. Hilden und Wuppertal. Obwohl die BmU bereits im Dezember 2020 den Antrag auf Zulassung von Gießwasserzählern gestellt hatte, wurde dieser erst auf Mahnung im Juni im Betriebsausschuss behandelt.

Aktuell können Bürger aber noch keinen Zähler (fachmännisch) installieren lassen, da der Abwasserbetrieb dies noch nicht zulässt.

Für eine Aufnahme der Zulassung von Zapfhahnzählern in die Satzung der Stadt konnte die BmU im Rat eine einstimmige Mehrheit erzielen.

IT Kooperation

Einstimmig wurde der Kooperation mit dem kommunalen Rechenzentrum Niederrhein (KRZN) zugestimmt, um die IT der Stadt zu unterstützen und die Digitalisierung in Erkrath voran zu bringen.

Bebauungsplan Grundschule Sandheide

Den vorliegenden Planungen kann die BmU nicht zustimmen. Wir bezweifeln, dass das Konzept pädagogisch sinnvoll ist. Auch die Konstruktion einer Ballspielfläche auf einem Gebäudeteil erscheint nicht zielführend. Wir stimmen zudem den Grünen zu, dass die Planung nicht zeitgemäß ist, das Gelände (denkmaltechnisch problematisch) zugestellt wird, die Einbeziehung des Wäldchens und der Verlust an Turnhallenkapazitäten nicht akzeptabel ist.

Gegen die Stimmen von Grünen, Linke und BmU wurde der Plan beschlossen.

Freiflächenschutz

Der gemeinsame Antrag von Grünen und BmU für den Schutz von Freiflächen konnte in den meisten Fällen eine Mehrheit erhalten. (Kleines Bruchhausen, Hubbelrather Weg Ost, Tennisplatz BW, Eickenberg, Neuenhausstraße, Niermannsweg, Johannisberger Straße - vgl. Vorlage 180/2021), um den Grüngürtel der Stadt zu schützen.

Jedoch ohne Erfolg bezüglich der Hasenwiese in Millrath, die als mikroklimatische Belüftungsfläche und als Sozialfläche nicht aufgegeben werden sollte.

Die BmU bekräftigt zugleich die Forderung nach einer Evaluation des von der BmU initiierten Stadtentwicklungskonzeptes (beschlossen 2015), um solche Flächen nicht nur einzeln zu thematisieren.

Bauprojekt Gymnasium am Neandertal Erkrath

BmU unterstützte den Antrag, dass geprüft wird, ob und zu welchen Kosten die Hochspannungsleitungen neben dem Bauplatz unter die Erde verlegt werden können.

BmU sorgt für Überprüfung von Ampelschaltungen

Erfolg hatte die BmU im Mobilitätsausschuss am 10.6.2021 mit ihrem Antrag, die

Ampelschaltungen bezüglich der Fußgängerüberquerung zu prüfen.

Zugesagt ist, dass zunächst die Überquerungszeit an der Ampel am Rosenhof in Hochdahl seniorengerechter gestaltet wird.

Leider sind die Ampeln an Land- und Kreisstraßen davon ausgenommen, da die Stadt dafür nicht zuständig ist.

Weitere Positionen der BmU, u.a. zu der Situation Erkraths nach dem Starkregen-Hochwasser und Corona, finden sich auch im Sommerinterview, das erkrath.jetzt mit Bernhard Osterwind geführt hatte:

<https://www.bmu-erkath.de/aktuelles/2021-07-17-sommerinterview-2021-mit-osterwind-kopie.html>

Aktion für Gerechte Fernwärmepreise

Seit Jahren setzt sich die BmU für **faire und transparentere Fernwärme-Preise** ein. Die Fernwärmepreise sind überhöht. Das zeigte schon das kartellrechtliche Verfahren gegen RWE Energiedienstleistungen 2016: Im Februar 2017 verpflichtete sich innogy (RWE), 12,3 Mio. an die Kunden zurückzuzahlen, um die Einstellung des Kartellverfahren wegen Preiswucher zu erreichen.

Seit vielen Jahren kämpft die BmU in ihrer Aktion „Gerechte Fernwärmepreise“ mit Unterschriftensammlung, Eingaben bei EU, Bundes- und Landesministerien für einen Schutz vor dem Fernwärmemonopol in Erkrath und bemüht dabei auch die Gremien der Stadtwerke und des Stadtrates. Über 20 Jahre ist die BmU gegen Mauern angerannt. Erst 2018 hat der Stadtrat sich einmütig hinter eine Klage gegen den Fernwärmeversorger gestellt, um für gerechte Fernwärmepreise zu sorgen.

Wir benötigen eine strategische Ausrichtung der Stadt und der Stadtwerke Erkrath im Hinblick auf den Umgang mit der Fernwärme. Wichtig ist, das Fernwärmenetz in Hochdahl nicht nur wegen der überbeuerten Preise, sondern auch aus Gründen einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung neu zu gestalten. Ziel ist die Decarbonisierung der Fernwärmeversorgung. Auf jeden Fall ist eine Sanierung und verbesserte Wärmedämmung der Leitungen, sowie die Einbeziehung von regenerativen Energiequellen wie Solarthermie, Erdwärme, Kanalabwärme u.a. notwendig. Zu prüfen ist auch, inwieweit ein Umbau zu einem Niedrigtemperaturnetz und die (dezentrale) Verwendung von Wasserstoff, Brennstoffzellen und Mini-Blockheizkraftwerken sinnvoll sind.

Da die Abrechnungen von 2018 wieder überhöhte Preise forderten, hat sich die BmU erneut an das Kartellamt gewandt und 2020 trotz der Corona-Pandemie 400 Unterschriften für gerechte Fernwärmepreise sammeln können.

Im September 2020 teilte die Landeskartellbehörde dann mit, dass sie von innogy (neu: E.on) keine Zahlen erhielt und nun eine landesweite Abfrage der Fernwärmepreise durchführen würde. Aufgrund der Hochwasserschäden bei diversen Fernwärmeanbietern wurde eine Veröffentlichung der Ergebnisse jedoch von Mai auf das Jahresende 2021 verschoben.

Zudem hat das Landgericht Düsseldorf im November 2020 in einem Teilurteil festgestellt, dass die Laufzeitverlängerung 2017 durch innogy unwirksam war.

Die von der BmU immer geforderte Klage der Stadt hat hier den ersten Erfolg gebracht. Auch wenn E.on dagegen Einspruch eingelegt hat, scheinen wir somit dem Ziel einer Übernahme des Netzes und einer Neuausschreibung näher zu kommen. (Da es sich dabei um vertrauliche, nicht-öffentliche Informationen geht, kann dies hier nicht näher ausgeführt werden.)

Aus dem Verein

Die Mitgliederzahl ist konstant.

Für die Arbeit in der Fraktion konnten Neue gewonnen werden.

Allerdings wäre es wünschenswert, dass sich die Zahl der passiven und aktiven Mitglieder erhöhen würde.

Dies soll u.a. durch Werbemaßnahmen und Informationsstände erreicht werden, sobald die Corona-Lage dies wieder zulässt.

Die Einnahmen und Ausgaben der BmU e.V. finden sich im Finanzbericht. Dort werden ganz transparent alle Spenden an die BmU über 100€ ausgewiesen.

Die BmU finanziert sich überwiegend aus den Spenden ihrer Ratsmitglieder, die einen Großteil ihrer Aufwandsentschädigung für die Arbeit der BmU spenden.

für den Vorstand

Christian Ritt
Vorsitzender

Bernhard Osterwind
Stellv. Vorsitzender BmU e.V.